Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

35 (22.1.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentl. zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch
eine Agentur bezogen:
2 Mark 50 Pf., in
das Haus gebracht:
2 Mark 80 Pf., durch
die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Karlsruhe, den 22. Januar 1900.

Parlaments-Ausgabe.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

131. Sitzung vom 20. Januar.

Das Haus ist schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Graf **Posadowsky**, Dr. Nieberding, Graf von Bülow u. A.

Die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats wird fortgesetzt beim Etat des Reichskanzlers, Titel „Gehalt des Reichskanzlers."

Abg. Dr. **Hahn** (B. d. L.): Die Aufhebung des Verbindungsverbots an sich werfen wir dem Reichskanzler nicht vor, wohl aber die Art und Weise, wie diese Aufhebung erfolgt ist. Nach dem Versuch der Vereinsgesetzgebung in Preußen und nach Einbringung der Arbeitswilligenvorlage hätte die Regierung das Verbindungsverbot nicht ohne Weiteres, nicht ohne Konsequenzen aufheben dürfen. Wir vermißten dabei die Konsequenz in der Haltung der Regierung. Daß der Reichskanzler in der Sozialdemokratie nur eine vorübergehende Erscheinung erblickt, bedaure ich. Es ist sonderbar, in wie kurzer Zeit sich seine Anschauungen geändert haben. In den gestrigen Ausführungen des Abg. Möller, die ich nur unterschreiben kann, vermisse ich doch die richtige Wiedergabe der Stimmung im Lande. Ein Blatt, das von Sozialdemokraten, Freisinnigen und Mitgliedern anderer Parteien gelesen wird, der „Berliner Lokalanzeiger" (Heiterkeit) würdigt die Situation richtiger. Warum hat Graf Bülow nicht die Stimmung des deutschen Volkes als Machtmittel den Engländern gegenüber angewandt? Warum hat die Regierung dies Machtmittel aus der Hand gegeben? England hat ein hohes Maß von Rücksichtslosigkeit uns gegenüber an den Tag gelegt, es hat uns in unerhörter Weise vergewaltigt. Früher wußten wir die auswärtige Politik in so vorzüglichen Händen, daß es nicht nöthig war, sie hier im Hause zu kritisiren. Zu der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck hatte das ganze Volk Vertrauen. Unter Caprivi wurde es anders. Als dann an die Stelle von Caprivi und Freiherrn von Marschall der Fürst Hohenlohe und Graf Bülow traten, athmete man auf, aber es ist dem Reichskanzler nicht gelungen, die Wege des Fürsten Bismarck zu wandeln. (Reichskanzler Fürst Hohenlohe betritt den Saal.) Auch mit der Wirthschaftspolitik der jetzigen Regierung stimmen wir nicht überein. Gegen Amerika, das uns in schlimmster Weise chikanirt, wäre ein schärferes Verhalten angebracht. Nordamerika verfolgt das Ziel, uns mit seinen Produkten zu überschwemmen und die deutschen Produkte von seinem Markte fernzuhalten. Es wäre angebracht, dieser Nation mit den rücksichtslosesten Repressivmaßregeln entgegen zu treten. Aber leider haben die Rücksichten der auswärtigen Politik gesiegt über die Rücksichten der nationalen Volkswirthschaft. Die Vorwürfe, die die Herren Dr. Rösicke und Graf Limburg-Stirum bei der ersten Lesung des Etats gegen die Wirthschaftspolitik der Regierung erhoben haben, unterschreibe ich vollkommen. Ich gebe zu, in Bezug auf Zucker- und Spiritussteuer-Gesetzgebung ist manches geschehen, aber wie steht es mit den Transitlägern, den Mühlenkonten, wie steht es mit dem Schutz des deutschen Eichenschälwaldes? Dem Reichskanzler gegenüber bemerke ich, daß mein Freund Dr. Rösicke nicht in der Versammlung im Hannöverschen geredet hat, in welcher die Resolution gegen den Reichskanzler angenommen wurde. Er hat also diese Resolution nicht veranlaßt. Ich ersuche den Reichskanzler in seinem Interesse, wenn er aus Zeitungen citirt, richtig zu citiren. (Lachen.) Ich vertrete das Interesse des Reichskanzlers gegenüber seinen Räthen. (Heiterkeit.) Wenn die Klagen des Mittelstandes und der Landwirthschaft immer ungehört verhallen, so kann sich die Regierung nicht wundern, daß schließlich im Lande eine Stimmung entsteht, die sich auch in nationalen Fragen gegen die Regierung wendet. Ich wage nicht zu behaupten, daß das Centrum eine do ut des-Politik getrieben hat (Heiterkeit), aber wenn es so weiter geht, kann es leicht dahin kommen, daß der Bund der Landwirthe eine solche Politik treiben muß. So lange wir die Führung haben, wird es nicht dahin kommen, aber wir können leicht von der Volksströmung hinweggespült werden. In meinem Wahlkreise ist man durchaus nicht für die Flotte eingenommen; ein Wähler hat mir geschrieben, man könne sich für die Flotte nicht erwärmen, und man verlange, daß der Vertreter des Kreises, Herr Dr. Hahn, einen schärferen Ton im Reichstage anschlage. (Heiterkeit.) Ich werde natürlich trotzdem für die Flottenvorlage stimmen. Der Abg. Rickert hat gestern die Rede gehalten, die wir im vorigen Jahrhundert schon ein halbes Dutzend Mal gehört haben. Die Landwirthe können ihre Arbeiter nicht besser entlohnen, solange es ihnen selbst so schlecht geht. Helfen Sie darum der Landwirthschaft und vergessen Sie nicht, daß eine ganze Reihe Gesetze ohne unsere Mitwirkung nicht zu Stande gekommen wäre. An die Stelle der schönen Worte für die Landwirthschaft müssen endlich Thaten treten. Graf Posadowsky hat ja ein warmes Herz für die Landwirthschaft, aber er kann das, was er will, nicht erreichen, so lange Wirthschaftsfragen mit Fragen der auswärtigen Politik verknüpft werden. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Dr. Fürst **zu Hohenlohe-Schillingsfürst**: Ich nehme das Wort nur, um einen Irrthum des Herrn Vorredners klarzustellen. Ich habe gestern nicht von Herrn Roesicke gesprochen, ich habe nur von einer Versammlung gesprochen, die im Hannöverschen stattgefunden hat, und ich wußte gar nicht, daß Herr Roesicke an dieser Versammlung theilgenommen hat. Ich habe diese Versammlung erwähnt, lediglich, um zur Kenntniß des Reichstags eine abenteuerliche Resolution zu bringen, in welcher gesagt worden war, daß ich, der Reichskanzler, Deutschland zu einem Industriestaat machen wollte, indem ich über die Landwirthschaft hinwegginge.

Abg. **Bebel** (Soz.): Wir haben gestern gegen die Besprechung der Interpellation Möller gestimmt, weil wir sie durch die Erklärungen des Staatssekretärs Grafen von Bülow für erledigt erachteten. Auf eine Bemerkung des Staatssekretärs muß ich jedoch noch zurückkommen. Er ließ durchblicken, die sozialdemokratische Partei habe es abgelehnt, die Interpellation gleich den übrigen Parteien zu unterschreiben. Das ist nicht der Fall, wir waren gar nicht in der Lage, die Interpellation zu unterschreiben, weil wir überhaupt nicht gefragt wurden, ob wir sie mit unterschreiben wollten. Wie sich unsere Partei entschieden haben würde, kann ich auch nicht sagen, weil wir in Folge der mangelnden Aufforderung nicht in der Lage waren, in eine Berathung über die Sache einzutreten. Jedenfalls verwahre ich mich dagegen, daß aus dem Fehlen unserer Unterschriften irgendwelche falsche Schlußfolgerungen gezogen werden. Daß die Engländer mißtrauisch gegen fremde Schiffe sind, ist übrigens erklärlich, hat doch der „Hannöversche Courier" schon vor Wochen verrathen, er wisse es aus bester Quelle, daß nach Ausbruch des Krieges 40 000 Gewehre, in Klaviere verpackt, noch nach Transvaal eingeschmuggelt seien. Ich hätte diese Ausführungen nicht gemacht, wenn ich nicht provozirt worden wäre, aber es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bemerke dem Herrn Redner, daß wir nicht beim Etat des Auswärtigen Amts, sondern beim Etat des Reichskanzlers sind; und der betrifft doch nicht blos das Auswärtige, sondern auch das Innere. (Heiterkeit.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend): Herr von Kardorff hat gestern wieder eine Sozialistendebatte eingeleitet und dabei das Verhalten des Fürsten Bismarck gegenüber der Sozialdemokratie rühmend hervorgehoben. Ich konstatire: Die größten Niederlagen, die Fürst Bismarck erlitten hat, sind die Niederlage im Kulturkampf und die Niederlage gegen die Sozialdemokratie. Er hat durch seine Gewaltmaßregeln gegen die Sozialdemokratie gerade am meisten zur Verbreitung der Sozialdemokratie beigetragen, und es giebt Viele unter meinen Parteigenossen, die sich in jenem Kampfe die ersten Sporen verdient hatten, welche sich heute noch nach dem Sozialistengesetz zurücksehnen. (Heiterkeit.) Unter einem Sozialistengesetz würde Ihnen sofort die ganze Partei geschlossen gegenüberstehen. Also, wenn Sie das Tänzlein wagen wollen, nur zu, meine Herren! Wenn wir uns wirklich eines solchen Terrorismus schuldig machen, wie Sie behaupten, dann reichen die Gesetze aus, um uns zu bekämpfen, und wo die Gesetze nicht ausreichen, da thut es deren Interpretation durch die Richter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir üben aber gar keinen Terrorismus aus und wollen es nicht thun, denn auf Leute, die uns nicht aus innerer Ueberzeugung folgen, legen wir keinen Werth. Wer Terrorismus übt, das ist die konservative Partei (Oho! rechts). Sie (rechts) sind nicht die besten Freunde, sondern die ärgsten Feinde der landwirthschaftlichen Arbeiter. Sie hätte auch am ehesten das Verbindungsverbot treffen müssen. Wäre es gleichmäßig angewandt worden, dann wären Sie und der Bund der Landwirthe zuerst dem Staatsanwalt in die Hände gefallen. (Sehr richtig! links.) Was glauben Sie wohl, was wir von der Aufhebung des Verbindungsverbots haben! Seine Fortexistenz wäre gerade die beste Waffe für uns gewesen, denn es wäre als ein Ausnahmegesetz gegen uns von der Oeffentlichkeit angesehen worden. Wir sind uns auch innerhalb unserer Partei darüber klar geworden, daß wir wegen der Aufhebung des Verbots gar keine Ursache haben, wesentliche Veränderungen an unserer Organisation vorzunehmen. Sie irren also gewaltig, wenn Sie glauben, daß wir durch die Aufhebung des Verbots nun ein besonders starkes neues Machtmittel erhalten hätten. Gegenüber der Aeußerung, die Sozialdemokratie sei eine vorübergehende Erscheinung, die sich austoben werde, stelle ich nur fest: Auszutoben brauchen wir uns nicht, weil wir nie getobt haben (Heiterkeit). Getobt haben Sie (rechts) und toben noch heute. (Erneute Heiterkeit.) Die Rede, die der Abg. Hahn hier gehalten hat, streifte haarscharf an's Toben. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.) Daß aber die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung ist, ist selbstverständlich, denn Alles in der Welt ist vorübergehend. Das nennt man geschichtliche Entwickelung. Die Sozialdemokratie wird in dem Zeitalter aufhören, eine Erscheinung zu sein, wo sie ihr Endziel erreicht hat. Sobald das Ziel erreicht ist, hat ihre Existenzberechtigung aufgehört, weil ihre Existenznothwendigkeit aufhört. Nur daß man in absehbarer Zeit mit dem Verschwinden der Sozialdemokratie rechnen kann, ist eine gewaltige Täuschung, und ich beneide diejenigen nicht, die sich ihr hingeben, weil sie die elementarsten Begriffe unserer ganzen Entwickelung verkennen. (Unruhe rechts.) Andernfalls würden sie eine solche Aeußerung nicht machen. Immerhin ist die Bemerkung von der sich austobenden Erscheinung noch immer viel erträglicher, als wenn es heißt: „Die Sozialdemokraten sind eine Rotte von Menschen, nicht werth, den Namen Deutsche zu tragen" oder „jeder Sozialdemokrat ist ein Reichs- und Vaterlandsfeind". Nachdem vor dem versammelten Reichstage gestern der Reichskanzler sich mit der neuerlichen Aeußerung des Kaisers einverstanden erklärt hat, — —

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter Bebel, es steht Ihnen frei, die Rede des Reichskanzlers zu kritisiren, wenn Sie aber Se. Majestät den Kaiser als den Sprecher dieser Worte anführen, so kann ich das nicht zulassen, denn sie haben nicht im „Reichsanzeiger" gestanden. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend). Es wäre dann doch zu wünschen, daß solche Aeußerungen im „Reichsanzeiger" publizirt werden, es liegt das ja in der Macht des Reichskanzlers, und bei der großen Wichtigkeit, die sie für die gesammte Oeffentlichkeit haben, werde ich nicht verfehlen, künftig auf den „Reichsanzeiger" zu abonniren. (Große Heiterkeit.) Ich nehme aber an, daß, nachdem der Reichskanzler sich mit dieser Aeußerung einverstanden erklärt hat, nun auch die Zeit vorbei ist, wo wir mit Umsturz- und Zuchthausvorlagen regalirt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) So wie Graf Posadowsky sich die Entwickelung der Sozialdemokratie ausmalt, ist sie doch nicht vorgegangen. Die Sozialdemokratie ist das nothwendige Produkt der kapitalistischen Entwickelung. In Folge der kapitalistischen Entwickelung ist die Zahl der selbstständigen Existenzen immer kleiner geworden, und je weiter diese kapitalistische Entwickelung fortschreitet, um so mehr wird die Zahl derer wachsen, die sich in Rebellion befinden gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie dazu verdammt, Sklaven des Kapitals zu sein. Die berechtigten Wünsche der Arbeiter werden heute auch nicht entfernt erfüllt. Warum führen Sie nicht das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Einzelstaaten und den Gemeinden ein? Der Vorwurf, daß der Reichskanzler Deutschland in einen Industriestaat verwandeln wolle, ist durchaus unberechtigt. Was kann denn der Herr Reichskanzler für die kapitalistische Entwickelung? Wer hat mehr zu der kapitalistischen Entwickelung beigetragen, als Fürst Bismarck, der durch die Schutzzölle Geld für die Armee gewinnen wollte? Herr v. Kardorff rühmte sich gestern, den Centralverband Deutscher Industrieller gegründet zu haben, aber wer hat ihm diesen Gedanken eingegeben? Es war der selige Bleichröder. (Heiterkeit.) In dem Gegensatz zwischen Industrie und Landwirthschaft werden wir auf Seiten der Industrie stehen, denn die agrarischen Länder sind zurückgeblieben, während die Industrie einen Kulturfortschritt bedeutet. Aus diesem Grunde werden wir stets gegen die Schutzzölle eintreten. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre war Herr v. Kardorff im Verein mit Herrn v. Bleichröder Gründer der Laurahütte (Abg. von Kardorff ruft: Falsch! Falsch!) Nun, Sie haben ja selbst 1878 in einem Briefe gesagt, daß Sie sich an der Gründung betheiligt haben, um ohne Vermögenseinbuße Ihr Reichstagsmandat ausüben zu können. (Hört! hört!) Als wir hier im Reichstage die großen Gründerdebatten hatten, da verherrlichte Herr v. Kardorff in einer Versammlung die Börse, und jetzt tritt er gegen die Börse auf. Herr v. Kardorff, der die kapitalistische Entwicklung, soweit es in seinen schwachen Kräften steht, eifrig gefördert hat, ist, da die kapitalistische Entwicklung die Ursache der Sozialdemokratie ist, also einer der Väter der Sozialdemokratie. (Heiterkeit, Beifall bei den Soz.)

Abg. **v. Kröcher** (k.) Der Herr Reichskanzler hat gesagt, er halte den Ausspruch für sehr weise, daß die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung sei. Ich muß ihm darin Recht geben; Gewiß ist die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung, wie ja Alles in dieser Welt vorübergehend ist; so ist beispielsweise ja auch die französische Revolution vorübergegangen. Aber der Herr Reichskanzler wird doch überzeugt sein, daß die Sozialdemokratie trotzdem gewisse Gefahren in sich birgt, und er wird doch daraus auch den Schluß ziehen, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Politik versuchen sollte, diesen Gefahren entgegen zu arbeiten. (Sehr richtig! rechts.) Das haben die verbündeten Regierungen nach meiner Ueberzeugung in den letzten Jahren nicht nur nicht gethan, sondern sie haben auch in zwei sehr wesentlichen Punkten die Sozialdemokratie gefördert. Für einen großen Fehler der verbündeten Regierungen halte ich es, wenn sie eine Vorlage wie die Arbeitswilligen-Vorlage nicht mindestens bis zur äußersten verfassungsmäßigen Konsequenz vertreten. (Zuruf des Abg. Bebel: Mindestens?) — Sie werden uns nicht herauslocken, Herr Abgeordneter. Wenn die Regierung dazu nicht entschlossen war, dann war es besser, die Vorlage gar nicht einzubringen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Mit dem ruhigen Hinnehmen der Ablehnung der Arbeitswilligen-Vorlage hat man einfach die Sozialdemokratie gefördert. (Sehr richtig! rechts.) Dann muß ich auch noch einmal auf das „ausgepustete Ei" zurückkommen, und zwar hauptsächlich, um einer Legenden-Bildung vorzubeugen, nämlich der, als wenn die konservative Partei gewünscht hätte, daß der Herr Reichskanzler sein Versprechen nicht einlöste. Wir haben nicht die Aufhebung des Verbindungs-Verbots bedauert, sondern nur den Zeitpunkt, in dem sie erfolgt ist. (Zustimmung rechts.) Wenn der Herr Reichskanzler glaubte, das Verbindungsverbot aufheben zu sollen, dann hätte er es gleich thun sollen, mindestens nach dem Scheitern des Vereinsgesetzes, und er hätte nicht warten sollen, bis er es der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Trieb thun mußte. Ich für meine Person sage sogar: Selbst wenn der Herr Reichskanzler gegangen wäre, so wäre es nicht hübsch gewesen, wenn der neue Reichskanzler das Versprechen des Vorgängers nicht eingelöst hätte, es sei denn, daß ein vollständiger Systemwechsel eingetreten wäre. Aber ich bedaure es, daß der Reichskanzler das Versprechen gegeben hat, wie ich es überhaupt bedaure, wenn die Regierungen Versprechen geben und Wechsel auf lange Sicht aufstellen. Ich bedaure das außerordentlich und halte es für sehr fehlerhaft, wenn die Regierungen sich ohne Noth binden, und ich glaube, die Regierungen thäten viel besser, durch Thaten statt durch Worte zu sprechen (Sehr richtig! rechts), denn wenn sie durch Thaten sprechen, so werden die Worte überflüssig, wenn sie aber durch Worte sprechen und ihnen keine Thaten folgen lassen, so ist gar nichts geschehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Staatssekretär des Innern zitirte gestern ein Wort des Fürsten Bismarck, daß die Politik die Kunst des Möglichen sei. Darin kann ich dem Staatssekretär durchaus beistimmen, — es kommt blos darauf an, was man für möglich und was man für unmöglich hält. (Sehr richtig! rechts.) Das sind ja Alles relative Begriffe. Ich glaube nicht, daß im vorigen Jahrhundert Friedrich der Große und in diesem Jahrhundert Fürst Bismarck das geleistet hätte, was sie geleistet haben, wenn sie die Begriffe von möglich und unmöglich gehabt hätten, die der Staatssekretär davon hat. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Fürst **Bismarck** (b. k. P.). Der Abg. Bebel hat in seiner Rede auf die Vergangenheit zurückgegriffen und mir dadurch Veranlassung gegeben, seine Bemerkungen nach einigen Richtungen hin zu beleuchten. Er hat gesagt, daß der erste Reichskanzler sich keine besonderen Lorberen erworben habe. Das ist Ansichtssache. Der erste Reichskanzler hat oft erklärt, daß ihm vor allen Dingen an der Anerkennung seines Allerhöchsten Herrn gelegen habe, und von diesem hat er so viel Lorber und Anerkennung für seine Haltung geerntet, wie kein anderer Minister vorher von irgend einem Souverain. Wenn das Sozialistengesetz schließlich nicht so wirksam war, wie es von dem Fürsten Bismarck gedacht war, so hat daran der damalige Reichstag die Hauptschuld, denn es hat nicht nur eines blutigen Attentats bedurft, bis er überhaupt ein Sozialistengesetz annahm, sondern er hat auch schließlich das von dem Fürsten Bismarck eingebrachte Sozialistengesetz ganz wesentlich abgeschwächt. Darum stand es auch dem Abg. Richter nicht wohl an, wenn er neulich sagte, das Sozialistengesetz habe die Sozialdemokratie gefördert. Denn er selbst ist einer Derjenigen gewesen, die die Vorlage in wesentlichen Punkten abgeschwächt haben. Hätte man die damals einheitliche und starke Regierung gewähren lassen und das Gesetz so angenommen, wie sie es vorschlug, so wäre der Verlauf der Dinge wohl ein anderer gewesen. Was dann die Angaben des Herrn Abg. Bebel über das Anwachsen der Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes angeht, so ist schon öfter betont worden, daß man nicht in den Irrthum verfallen darf, zu glauben, daß sämmtliche sozialdemokratische Stimmen von wirklichen Sozialdemokraten abgegeben wären. Herr Graf von Posadowsky hat gestern mit Recht betont, daß es sehr viele unzufriedene Elemente giebt, die bei den Wahlen sozialdemokratisch stimmen, ohne daß man deshalb annehmen dürfte, daß diese Sozialdemokraten in dem Sinne wären, daß sie die letzten Konsequenzen des Herrn Bebel zögen bis hin zum Zukunftsstaat vulgo Kladderadatsch, von dem sich ja bis heute noch Niemand eine rechte Vorstellung machen kann. Wenn der Herr Abg. Bebel meint, das Sozialistengesetz hätte auch noch auf die Wahlen des Jahres 1890 eingewirkt, so ist dem entschieden zu widersprechen. Die große Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1890 war dadurch bedingt, daß es schon vor den Wahlen in weiten Kreisen bekannt war, es würde eine andere Haltung der Regierung in Bezug auf das Sozialistengesetz eintreten. (Widerspruch links.) Doch, meine Herren, es war bereits damals vielen Leuten bekannt. Ich möchte hier Anlaß nehmen, einer Legendenbildung entgegenzutreten. Es wird häufig gesagt, Fürst Bismarck hätte 1890 das Sozialistengesetz nicht verlängern wollen. Das ist ein Irrthum. Der erste Reichskanzler hat immer daran festgehalten, daß er als Präsident des Bundesraths vor einem Kommissionsbeschluß des Reichstags nicht eine Verbeugung machen könne, wenn er das auch sehr wohl vor einer Plenarsitzung thun könne. Er hat das dem damaligen Führer der Konservativen, mit dem er damals eine Audienz hatte, zu verstehen gegeben. Er hat es zu verstehen gegeben, daß, wenn er auch nach einem Plenarbeschluß das Gesetz in der Fassung, wie es die National-Liberalen annehmen wollten, acceptiren könne, er doch nicht als Reichskanzler vom Bundesrathstische aus erklären könne: Wir beugen uns bereits vor einem Kommissionsbeschluß. Einer der Zeugen dieser Unterredung, die zwar nicht unter vier, aber doch unter wenigen Augen stattfand, ist der Abgeordnete v. Kardorff, der noch mehr über die damaligen Ereignisse erzählen könnte, wenn er wollte. Jedenfalls bin ich der Meinung: Wenn das Sozialistengesetz damals verlängert worden wäre, so wären die Wahlen von 1890 ganz anders ausgefallen, als sie ausgefallen sind. (Lachen bei den Soz.) Der Abg. Bebel hat sodann in hohen Tönen davon gesprochen, daß das Sozialistengesetz der sozialdemokratischen Partei großen Nutzen gebracht habe. Wenn dem so wäre, dann müßten Sie (zu den Soz.) logischer Weise doch wiederum ein Sozialistengesetz beantragen. (Lachen links.) Mich wundert es, daß die Herren das nicht thun, und daraus, daß sie es nicht thun, geht doch hervor, daß das Sozialistengesetz den Sozialdemokraten nicht genützt, sondern ihnen geschadet hat. Außerdem würde das Sozialistengesetz, wenn es verlängert worden wäre, jedenfalls bei den Ununterrichteten im Lande Klarheit

geschaffen haben. Diese Klarheit ist jetzt nicht vorhanden. Herr Bebel hat sodann in der üblichen Weise Alles heruntergerissen, was in den letzten Jahrzehnten für die Arbeiter geschehen ist. Es ist aber doch zu berücksichtigen, daß die Wünsche, welche von der wohlmeinenden, väterlichen Regierung des ersten deutschen Kaisers als berechtigt anerkannt wurden, im deutschen Reich in so hohem Maß erfüllt worden sind, wie in keinem anderen Staate der Welt. Herr Bebel wird doch zugeben, daß sehr viel erreicht ist, und wenn er meint, daß das nur den Sozialdemokraten zu verdanken sei, so ändert das doch jedenfalls nichts an der Thatsache, daß in den letzten 20 Jahren in keinem Staate der Welt so viel für die Arbeiter gethan worden ist, wie in Deutschland. (Sehr richtig! rechts.) Die Wünsche der Arbeiter sind in den letzten Jahrzehnten nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Das Korrelat war die Repression gegen die Führer der irregeleiteten Masse. Die Masse selbst ist mit landesväterlicher Fürsorge behandelt worden. (Lachen links.) Wenn Herr Bebel sich dann noch persönlich gegen den ersten Reichskanzler gewandt und diesem, zum Theil nur in Andeutungen, alle möglichen Motive untergeschoben hat, die ihn zur Einleitung seiner Schutzzollpolitik bewogen haben sollen, so will ich auf seine Andeutungen nicht eingehen. Ich will nur sagen, daß der Wunsch, Mittel für eine Armeevermehrung zu gewinnen, nicht sein Leitmotiv war. Er hat sich vielmehr bei seiner Schutzzollgesetzgebung leiten lassen durch sein warmes patriotisches Herz. Ich lege Werth darauf, hier nochmals zu betonen, daß sein Motiv nicht irgend eine an sich gar nicht verwerfliche Idee war, um Geld für eine Armeeverstärkung zu bekommen, sondern sein erstes Motiv war: Es sollte für die Arbeiter gesorgt werden, die schutzlos der Konkurrenz des Auslandes preisgegeben waren.

Ich wende mich nun zu der gestrigen Debatte und möchte zunächst auf die Bemerkung des Reichskanzlers zurückkommen: „Ich halte es nicht für zweckmäßig, wenn die konservative Partei oder einzelne ihrer Mitglieder solche Machtmittel in Form von Gesetzentwürfen zu Nutz und Frommen der sündigen Menschheit an die Wand malen, besonders wenn diese Entwürfe die Zustimmung des Reichstags schließlich nicht finden.“ Ich gehöre zwar nicht zur konservativen Fraktion, aber doch zur konservativen Partei im Lande. Mir ist aber nicht bekannt, daß irgend ein Mitglied der konservativen Partei solche Gesetzentwürfe an die Wand gemalt hätte. (Sehr richtig! rechts). Wohl aber ist es dem Herrn Reichskanzler so gegangen. (Sehr richtig! rechts.) Am 12. Januar 1895 erklärte der Herr Reichskanzler bei der Berathung der Umsturzvorlage: „Dies ist das Mindestmaß dessen, mit dem sich die Regierungen zufrieden geben können.“ Dies Mindestmaß wurde wenige Monate darauf unter dem — ich kann nicht anders sagen — Hohngelächter des Reichstags Paragraph für Paragraph abgelehnt. Der Rest war Schweigen. Ebenso war es im Landtage beim Vereinsgesetz. Bezüglich des Verbindungsverbots bin auch ich der Meinung, daß, wenn im Landtage keine Aussicht bestand, das Vereinsgesetz durchzubringen, es die Pflicht der Regierung gewesen wäre, das Verbot sofort aufzuheben. Ich bin ebenso wie meine Parteifreunde der Ansicht, daß dieses Verbot in der That die Bezeichnung „ausgepustetes Ei“ verdient, und was wir bedauern, ist lediglich der modus procedendi, den die Regierung gewählt hat. (Sehr richtig! rechts.) Auch ich kann dem beistimmen, daß die Sozialdemokratie ebenso wie alles Andere in der Welt nur eine vorübergehende Erscheinung ist, es kommt nur darauf an, was davon übrig bleibt. (Sehr richtig! rechts.) Niemand wäre befriedigter als wir, wenn die Sozialdemokratie wirklich die unbedenkliche Erscheinung wäre, als die sie vielfach hingestellt wird. Wenn wir uns mit Gesetzen gegen die Sozialdemokratie quälen, so geschieht das nur deshalb, weil wir auch heute noch nicht an die vielverkündeten Theorien von der sogenannten Mauserung innerhalb der sozialdemokratischen Partei glauben können. Diese Theorien werden meiner Ansicht nach von den Herren da drüben grausam zerstört, und der letzte Parteitag in Hannover hat von Neuem wieder damit aufgeräumt. Wenn die Führer der Sozialdemokraten wirklich zugäben — was sie jetzt nicht thun, weil sie, wie ich anerkenne, zu ehrlich dazu sind — daß die Möglichkeit einer Reform innerhalb ihrer Partei vorhanden sei, dann ließe sich ja mit den Herren verhandeln. Wenn sie aufhörten, sich außerhalb der Verfassung zu stellen, dann könnten wir allerdings die Theorien begrüßen, die uns vom Regierungstisch gestern verkündet worden sind. Vorläufig kann ich das aber noch nicht. Die Deduktionen des Herrn Grafen Posadowsky über die Entwicklung der Sozialdemokratie kann ich nicht in allen Punkten acceptiren. Diese Deduktionen wären nur dann richtig, wenn wir in Deutschland eine parlamentarische Regierung hätten, wie sie etwa England und Frankreich hat, wo dementsprechend das Parlament auch eine ganz andere Verantwortung trägt. Bei uns ist das anders, und bei uns ist es die Pflicht der Regierung, die Führung zu übernehmen und nicht die Hände in den Schoß zu legen und zu sagen: „Wir wollen vorläufig die Dinge einmal ihren Lauf nehmen lassen, bis sich eine Mehrheit für das Gesetz findet.“ (Lebhafte Zustimmung rechts.) In solchen Fragen hat die Regierung bei uns die Pflicht, das Volk aufzuklären. Darin bin ich allerdings mit dem Staatssekretär vollkommen einverstanden, wenn er seinen Deduktionen hinzufügt: „Nun kommt noch eine negative Frage hinzu, das ist die Frage der Repression.“ Es ist damit doch wenigstens die Möglichkeit gegeben, daß die Regierung die Dinge nicht allzu weit gehen läßt. Zum Schlusse möchte ich noch eine Bemerkung des Staatssekretärs einschränken. Er sagte gestern: „Der damalige Konflikt ist friedlich gelöst worden durch ein außerordentlich glückliches Zusammentreffen großer geschichtlicher Ereignisse.“ Gewiß ist durch diese Ereignisse der Konflikt gelöst worden, aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß Fürst Bismarck diese Ereignisse mit herbeigeführt hat. (Staatssekretär Graf Posadowsky: Natürlich!) Das meine ich eben; nach der Rede des Staatssekretärs scheint es aber so, als wenn diese Ereignisse unabhängig von dem ersten Reichskanzler eingetreten wären. Es ist ja gut, wenn die Ereignisse einem Staatsmanne zu Hilfe kommen. Er muß sie aber auch auszunutzen verstehen, und das ist vom Fürsten Bismarck geschehen. 1862 gab es gewiß Viele, die die Ereignisse der folgenden Jahre nicht für möglich gehalten hätten. Man muß es eben verstehen, die Ereignisse herbeizuführen, und dann, sie zu benutzen. Mit dieser kleinen Ergänzung der Worte des Herrn Staatssekretärs glaube ich vollkommen in seinem Sinne gehandelt zu haben. (Staatssekretär Graf v. Posadowsky nickt zustimmend.)

Herr Graf Bülow sagte gestern im Eingang seiner Rede: „Mit Rücksicht auf den Ernst der gesammten politischen Lage u. s. w.“ Obgleich ich ursprünglich selbst die Absicht hatte, zu sprechen, war ich doch nach diesen Worten entschlossen, gegen die Besprechung zu stimmen, um so mehr, als die Erklärung des Herrn Staatssekretärs völlig befriedigend lautete. Man konnte in der That nicht mehr erwarten in einer so ernsten und schwierigen Situation. Herr Graf Bülow hat hier kürzlich unter dem allgemeinen Applaus des Hauses gesagt, unsere auswärtigen Beziehungen beruhten auf der Pflege des Dreibundes und unserer Freundschaft mit Rußland. Das ist das Rezept des Grafen Bülow, und das muß jeden befriedigen. Er hat ferner bei einer anderen Gelegenheit gesagt, daß er gewillt sei, die Bahnen der Bismarckschen Politik zu wandeln. Wünschen wir ihm Glück dazu, daß er alle Schwierigkeiten, die sich ihm bieten, überwinde! Und dann möchte ich noch eine Bitte aussprechen: Wir würden uns Alle freuen, wenn der hohe Chef des Grafen Bülow dasselbe von seiner gesammten Politik sagen könnte, daß er fest entschlossen ist, in seiner innern wie in der äußern Politik, in den bewährten Gleisen der Bismarckschen zu wandeln. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.): Die Bismarcksche Politik ist uns durch unvergeßliche Narben so auf den Leib geschrieben, daß wir ihre Wiederkehr nicht wünschen sollten. (Sehr wahr! im Ctr.) Nach der befriedigenden Beantwortung der gestrigen Interpellation liegt für uns kein Grund vor, darauf zurückzukommen. Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um zu den Aeußerungen der Herren von Kardorff und von Kröcher Stellung zu nehmen. Im Abgeordnetenhause hat kürzlich Herr v. Köller bei der Besprechung der Beamtenmaßregelungen die Mühlerschen Verse zitirt „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht“. Das paßt auch für den Reichstag. Wenn die notorische Opposition Angriffe gegen die Regierung schleudert, so ist das nicht zum hundertsten Theil so schlimm, als wenn die Angriffe von den Konservativen ausgehen. Es ist auf das Arbeitswilligengesetz hingewiesen. Nun, da hat doch die Regierung einfach vor dem Plenarbeschluß des Hauses ihre Verbeugung gemacht, ganz wie es der verehrte Herr Vorredner als Pflicht der Regierung bezeichnete. Graf Posadowsky hat gestern klar und deutlich den Unterschied zwischen einem Konflikt in einem Bundesstaate und einem Einzelstaate uns vor Augen geführt. Das sollten sich Diejenigen gesagt sein lassen, die frevelhaft auf einen solchen Konflikt hintreiben. Die heutigen Zustände sind die Folgen des allgemeinen Wahlrechts, das gerade der starke Mann eingeführt hat, nach dem die Herren von der Rechten jetzt verlangen. Das deutsche Volk wird diese Folgen des allgemeinen Wahlrechts tragen können. Die Politik der Rechten werden meine Freunde nie mitmachen. Auch der stärkste Mann in der Regierung müßte sich überzeugen, daß er mit der Macht der Verhältnisse, namentlich mit der Macht der Wahlergebnisse, zu rechnen hätte und auch nicht weiter kommen könnte, als die heutige Regierung. Man soll sich hüten, einen inneren Konflikt herbeizuführen, den man vermeiden kann. Nichts thut uns staatserhaltenden Parteien im gegenwärtigen Augenblick mehr noth, als die verbündeten Regierungen in ihrer auswärtigen und inneren Politik zu unterstützen. (Beifall.)

Abg. **Steinhauer** (freis. Ver.) polemisirt gegen den Abg. Dr. Hahn und den Bund der Landwirthe, ist aber im Einzelnen auf der Tribüne fast unverständlich. Wenn der Bund dem kleinen Bauern helfen wolle, so sollten seine Führer nicht so viel Geld für Agitation ausgeben. Sie sollten lieber einen soliden Jagdskat spielen und die „Plötz“-Cigarre dabei rauchen. (Heiterkeit.) Der Bund der Landwirthe sei auch nur eine vorübergehende Erscheinung. (Rufe rechts: Hu! hu!) Industrie und Landwirthschaft müssen Hand in Hand gehen. Das werde dem Vaterlande zum Heile gereichen. (Beifall bei den Freis.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Die Rede des Vorredners würde sich vorzüglich als Agitationsschrift für den Bund der Landwirthe eignen. (Sehr richtig! rechts.) Der Bund verpulvert weniger Geld als der Verein „Nord-Ost“; vielleicht befolgt dieser Verein den Rath des Vorredners, sparsamer zu sein. Doch das nur nebenbei, ich möchte mich wieder der großen politischen Debatte zuwenden. (Lachen links.)

Im Lande herrscht große Mißstimmung über die Regierung, und durch die gestrige Rede des Reichskanzlers ist diese Mißstimmung bei mir wenigstens bedeutend verstärkt worden. Die Regierung hat schon lange die bewährten Wege der Bismarckschen Politik verlassen und manchesterliche, großkapitalistische Pfade eingeschlagen. Das Kapital an sich ist nicht schädlich, sondern nur das internationale Börsenkapital, wie es in den großen Banken vereinigt ist. Das Agrarierthum ist eine berechtigte wirthschaftliche Erscheinung, und gegenwärtig das einzigste Bollwerk gegen das Großkapital. Daher wird es auch mit solchem Haß verfolgt. Man sagt, wir griffen den Reichskanzler an, weil er parlamentarisch regieren wolle. Aber die Art, wie der Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident bei der Kanalvorlage parlamentarisch regiert hat, hat auch nicht den Beifall des Abg. Lieber gefunden. Wir wollen eine feste Regierung und keinen Zickzackkurs, wie er bei dem Zuchthausgesetz und bei dem Verbindungsverbot zu Tage getreten ist. Die Sozialdemokratie ist eine dauernde Erscheinung, darin liegt ihre große Gefahr. Unter Führung einer starken Regierung wird auch ohne Konflikt ein Reichstag zusammenkommen, der die Regierung in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie unterstützt. Aber es muß eine wirklich starke Regierung sein und keine solche, die die Sozialdemokratie für eine vorübergehende Erscheinung hält. Herr Rickert hat ein sehr einfaches Rezept, drei Jahre liberaler Regierung sollen nach seiner Meinung helfen. Aber ich bitte Sie, an die Aera Caprivi zu denken, die uns die schwersten Schäden gebracht hat, u. A. die Handelsverträge, bei denen die Landwirthschaft der Prügelknabe war. Eine liberale Regierung würde die Zahl der Sozialdemokraten bedeutend vermehren, aber vielleicht die der Liberalen vermindern. Der Reichskanzler stellte sich als Anhänger der Goldwährung vor und befürchtete schwere Schäden von einer Aenderung. Weshalb hat er das nicht 1895/96 gesagt, als er die schweren Kalamitäten des sinkenden Silberpreises zugab und internationale Vereinbarungen in Aussicht stellte? Nach seiner gestrigen Erklärung können wir allerdings keine große Hoffnungen auf diese Vereinbarungen setzen. Der internationale Bimetallismus wird uns keine finanziellen Kalamitäten bringen, die uns die Goldwährung beinahe schon gebracht hat, ich brauche nur an die 7 Proz. Bankdiskont zu erinnern. Wir werden aber trotzdem die Regierung in der Flottenfrage unterstützen. Der Abg. Rickert hat gestern gegen die Konservativen scharf gemacht; wir werden aber unsere Selbstständigkeit und Unparteilichkeit trotz des Zickzackkurses der Regierung aufrecht erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. **Stöcker** (b. k. P.): Dem Staatssekretär im Auswärtigen können wir für die Führung der Angelegenheit mit England nur dankbar sein. Ich gehöre zu denen, die stets vor einer England-Hetze gewarnt haben. Seit 400 Jahren leben wir in Frieden mit England, ein Zeichen, daß unser Volk manche Berührungspunkte mit dem englischen gemein hat. Hoffentlich gewinnen die zahlreichen rechtschaffenen und ehrlichen Elemente in England die Oberhand.

In Bezug auf unsere innere Politik bestehen leider bedeutende Schwankungen in den Ansichten der Regierung. Den Vortheil davon hat nur die Sozialdemokratie. Es kommt doch nicht darauf an, daß überhaupt etwas geschieht, sondern daß das Richtige geschieht. Bei so wichtigen Gesetzen, wie dem Arbeitswilligengesetz und der Flottenvorlage, muß sich die Regierung vorher mit dem Kaiser verständigen. Das liegt im Interesse der Hochhaltung unserer konstitutionellen Grundsätze, und ich kann nur bedauern, daß der Minister v. Miquel kürzlich erklärte, der Kaiser brauche keine Rathgeber. Mit solchen Gesetzen, wie dem Umsturzgesetz und dem Arbeitswilligengesetz, kann man die Sozialdemokratie nicht besiegen. Das ist nur möglich, wenn die Arbeiter überzeugt sind, daß sie gleichberechtigt behandelt werden, und wenn das Koalitionsrecht weiter ausgebaut wird, dann kann man alle Elemente zusammenrufen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. In diesem Sinne fasse ich die Aeußerung auf, die Sozialdemokratie müsse sich austoben. Herr Bebel bestreitet, daß die Sozialdemokraten toben; nun, die Verherrlichung der Kommune und der Ermordung des russischen Zaren, wie wir sie früher gehört haben, war — natürlich bei den Herren außerhalb des Hauses — schon Tobsucht zu nennen. Die sozialdemokratische Partei ist nicht mehr so geschlossen wie früher, sie hat sich thatsächlich gemausert, wenn es die Herren auch nicht zugeben wollen. Den strengen Marxisten ist die Opposition über den Kopf gewachsen; die Führer haben die Herrschaft über die Massen verloren. Ein unentbehrliches Mittel im Kampfe gegen den Umsturz ist die Religiosität. Aber leider ist hier in Berlin weder von reichen Leuten, noch von der Gemeinde in den ersten 20 Jahren des Reichs irgend etwas geschehen, der Kirchennoth zu steuern. Wäre die Fühlung zwischen den führenden und den verführten Kreisen hergestellt, so wäre es unmöglich gewesen, daß die Sozialdemokraten einen so unheilvollen Einfluß gewonnen hätten. Vergessen Sie nicht, daß die Sozialdemokraten eng zusammenhalten und gerade deshalb so gefährlich sind! Die vielen Zerrissenheiten und Spaltungen des deutschen Volks bewirken es, daß sich alle Unzufriedenen um das Banner der Sozialdemokratie schaaren. Der Umsturz ist auch deshalb so gefährlich, weil die Juden einen so unheilvollen Einfluß auf ihn ausüben. Dieselben Juden, die an der Börse große Kapitalien anhäufen, hetzen auf der anderen Seite die Arbeiter bis aufs Blut gegen das Kapital auf. Der Geist des Mammons zerrüttet unsere ganze Zeit. Ich sage nochmals, die Sozialdemokratie wird sich austoben und dann mit uns gemeinsam arbeiten zum Wohle des Vaterlandes. Zeichen dafür machen sich schon in der sozialdemokratischen Presse bemerkbar. Auch der Führer der Nationalliberalen aus der Konfliktszeit ist ja Minister geworden und in den Adelsstand erhoben. (Heiterkeit.) Warum soll nicht auch einst die Sozialdemokratie eine radikale Reformpartei werden? (Widerspruch rechts.) Ich glaube daran. Das ist es ja, was uns seiner Zeit auseinander geführt hat.

Abg. Graf **Bernstorff-Uelzen** (Welfe) bemerkt: Der Glaube, daß neue Handelsverträge auf einmal die Nothlage der Landwirthschaft heben könnten, sei ein Irrglaube. Gesetzliche Maßregeln könnten nicht Alles machen, auch der stärkste Mann könnte die Verhältnisse nicht mit einem Schlage ändern. Die Sozialdemokratie sei keine vorübergehende Erscheinung, am besten sei sie auf dem Gebiete der Schule und der Kirche zu bekämpfen, wo heute theilweise noch haarsträubende Verhältnisse herrschten. Der Staat selbst treibe durch seine Maßnahmen die Arbeiter den Sozialdemokraten zu. Caveant consules!

Abg. **Kloß** (Ctr.) polemisirt gegen den Abg. Steinhauer. Der Bauer hätte das größte Interesse an den Zöllen, da derselbe hauptsächlich vom Getreidebau lebe. Wenn ein anderer Produktivstand in den letzten Jahren so schlecht behandelt worden wäre, wie die Landwirthschaft, dann hätte er viel lauter um Hilfe gerufen, als die Landwirthschaft es jetzt thue.

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, von einem schlechten Kapital zu sprechen, denn das Kapital ist das beste Werkzeug der Arbeit. Ich habe es nur bedauert, daß dasjenige Kapital, das in internationalen Unternehmungen z. B. in denen der Seeschiffahrt und der Rhedereien angelegt wird, allzusehr geneigt ist, das Gesetz der Harmonie der Interessen zu vergessen, und daß dadurch die heimische Industrie und Landwirthschaft des einzelnen Landes vielfach unterwühlt wird. Herrn Bebel mache ich darauf aufmerksam, daß ich lange Jahre bereits Schutzzöllner war, ehe ich die Ehre hatte, Herrn v. Bleichröder zu kennen. Und wer mich dazu gebracht hat, Schutzzöllner zu werden, das war der Fortschrittsmann Ziegler, der mir im Jahre 1867 oder 68 empfahl, das Buch des Amerikaners Carey gründlich zu studiren. Mit Herrn v. Bleichröder bin ich erst später bekannt geworden, und ich bin Jahre lang mit ihm befreundet gewesen und habe hohe Achtung für ihn auch heute noch, weil er es besser gemacht hat als viele Christen: Er hat dem Fürsten Bismarck auch später noch die Treue gehalten. Angriffe wegen meiner Thätigkeit für die Laurahütte kann man nicht gegen mich richten. Das ist eine sehr solide begründete Aktiengesellschaft, eine der bestfundirten, die es in Deutschland giebt. Ich bin lange Zeit Vorsitzender des Aufsichtsraths bei derselben gewesen und ich freue mich wie sie auch heute prosperirt, daß ihre Aktien auf 250 oder noch höher stehen. An der Gründung der Hibernia bin ich zu meinem Bedauern überhaupt nicht betheiligt gewesen. Ich bin es auch nicht gewesen, der die Debatte auf das niedrige Gebiet solcher persönlichen Angriffe geführt hat. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **von Wangenheim** (V. d. L.): Wir haben für den Bund der Landwirthe keinen besseren Agitator als den Abg. Rickert, und ich freue mich jedesmal, wenn ich seine ehrwürdige Erscheinung auf der Tribüne sehe. Ich wäre nahezu versucht, bei unserem nächsten Stiftungsfest zu beantragen, ihm ein Ehrendiplom in den Farben des Bundes auszustellen. (Lachen links.) Mit Ihrem Verhetzen des kleinen Grundbesitzes gegen den großen, wie es im „Nord-Ost“ geübt wird, werden Sie nichts erreichen. Die Interessen des kleinen und des großen Grundbesitzes sind identisch. Für beide ist der Getreidebau von höchster Wichtigkeit. In meiner Gegend verdienen die Bauern nicht so viel wie die Tagelöhner. (Sehr wahr! rechts.) Der Redner der freisinnigen Vereinigung steht allerdings auf dem Standpunkt, daß für die Landwirthschaft nichts gethan zu werden brauche. Die Herren von „Nord-Ost“ sagen, sie wollen gern mit uns zusammen arbeiten, aber in der Praxis haben sie uns von vornherein bekämpft.

Abg. **Steinhauer** (fr. Vg.) bestreitet, daß der Verein „Nord-Ost“ dem Bunde der Landwirthe von vornherein feindlich gegenübergestanden habe. Hätte der Bund auch die Interessen des kleinen Mannes wahrgenommen, so hätten beide Vereine Hand in Hand arbeiten können. Alle abhängigen Leute, wie Kaufleute und Gastwirthe, würden einfach gezwungen, dem Bunde beizutreten. (Lachen bei den Konservativen.) Die Mitglieder des Bundes genössen überall Vortheile, selbst bei den königlichen Gestüten hätten sie eine Ermäßigung des Deckgeldes um 2 Mark. (Heiterkeit.) Mit schönen Worten sei der Bund immer bei der Hand, aber an Thaten lasse er es fehlen.

Abg. **Schrempf** (kons.) verbreitet sich über die Lage der mittleren und kleineren Bauern in Süddeutschland. Auch diese hätten sich dem Bund der Landwirthe angeschlossen; allein in Würtemberg betrage die Mitgliederzahl 13 000 (Hört! hört!). Es gehe dem kleinen Bauern schlecht, aber mit Selbsthilfe allein könne er nichts erreichen, wenn nicht auch der Staat helfend eingreife. Die Landwirthschaft sei nicht mehr rentabel, in Folge dessen seien die Güterpreise um 30 bis 40 Prozent zurückgegangen. Das sei eine Folge der Politik des Grafen Caprivi. Der Bund der Landwirthe sei national und habe auch für die Industrie volles Verständniß. Gern verlasse der Bauer nicht seine Scholle, um in die Fabrik zu gehen. Das thue er nur im äußersten Nothfalle, wenn ihm nichts Anderes mehr übrig bleibe. Komme es aber erst so weit, so sei es um den Bauernstand geschehen.

Damit schließt die Debatte.

Der Titel „Gehalt des Reichskanzlers“ wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats.

Damit ist die zweite Lesung des Etats des Reichskanzlers erledigt.

Bevor sich das Haus vertagt, erhält

Sächsischer Bundesrathsbevollmächtigter **Fischer** das Wort, um die am 11. Januar von dem Abg. Sachse (Soz.) gegen die sächsische Regierung erhobenen Vorwürfe wegen mangelnder Berginspektion zu widerlegen. Er habe inzwischen Erkundigungen eingezogen, aus denen hervorgehe, daß die Angriffe des Abg. Sachse unbegründet seien. Er gebe zu, daß der Abg. Sachse in gutem Glauben gehandelt habe, aber derselbe sei das Opfer einer Mystifikation geworden. Hoffentlich werde er sich in Zukunft bessere Gewährsmänner aussuchen.

Abg. **Singer** (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich muß es meinem Kollegen Sachse vorbehalten, auf die Worte des Bundesrathsbevollmächtigten zu erwidern, was er für nöthig hält, aber ich kann heute schon konstatiren, daß auch der Bundesrathsbevollmächtigte zugiebt, daß der Abg. Sachse nicht wider besseres Wissen Behauptungen aufgestellt hat. Der Rath, den der Bundesrathsbevollmächtigte meinem Kollegen Sachse giebt, sich für die Folge bessere Vertrauensmänner zu wählen, wird von mir dem Bundesrathsbevollmächtigten zurückgegeben, da ich nicht in der Lage bin, zu wissen, ob die Nachrichten, die er selbst von seinen Vertrauensmännern bekommen hat, überhaupt wahr sind.

Nunmehr vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Erste Lesung der Novelle zu den Unfallgesetzen.)

Schluß 6 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H. in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg